

Stand: 15.02.2026 12:52:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8179

"Mein Körper, meine Entscheidung: körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8179 vom 24.09.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8646 des GP vom 07.10.2025
3. Beschluss des Plenums 19/8874 vom 13.11.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Eva Lettenbauer, Kerstin Celina, Laura Weber, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Sanne Kurz, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mein Körper, meine Entscheidung: körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es nicht hinnehmbar ist, dass Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch benötigen, in 43 Landkreisen und kreisfreien Städten in Bayern dafür mindestens 40 Autominuten fahren müssen. Der Sicherstellungsauftrag aus § 13 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) ist nicht erfüllt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass ungewollt schwangere Frauen in Bayern endlich ausreichend medizinisch versorgt werden. Dafür soll zeitnah die Erfassung der ambulanten und stationären Bedarfslage erfolgen sowie ein Schlüssel für ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen im Flächenland festgelegt werden. In dieser Landesregelung wird der hohe Stellenwert des legalen und sicheren Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen für die reproduktive Gesundheit und Freiheit festgehalten. Beratungsstellen, Gesundheitsämter, die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG), Universitätskliniken, die Ärztekammer, der Berufsverband der Frauenärzte e. V. Bayern sowie die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) sollen eingebunden werden.

Daraus sollen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, die eine gute Versorgungslage für ungewollt Schwangere sicherstellen.

Begründung:

Anlässlich des am 13. August 2025 erschienen Abschlussberichts der ELSA-Studie „Erfahrungen und Lebenslagen ungewollt Schwangerer – Angebote der Beratung und Versorgung“ ist der Handlungsbedarf der Staatsregierung für eine landesweite angemessene Versorgung von ungewollt Schwangeren erneut festzuhalten. Die bisher umfangreichste Studie zu Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland ermöglicht mit wissenschaftlichen Erkenntnissen eine akkurate Einschätzung zur aktuellen Versorgungssituation von ungewollt schwangeren Frauen und die konkreten Versorgungslücken in den einzelnen Bundesländern. Als Ergebnis festgehalten ist, dass beim Zugang zu medizinischer Versorgung Frauen auf Barrieren stoßen sowie Zeitdruck und Schwierigkeiten bei der Organisation des Schwangerschaftsabbruchs erleben. Die Studie zeigt weiter auf, dass die Versorgungslage für ungewollt Schwangere regional stark variiert. Die Zugangsbarrieren variieren nach Region, wobei Frauen in schlechter versorgten Gebieten mehr Hindernisse beim Zugang zu medizinischer Versorgung erleben. Bayern gehört mit Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zu den Bundesländern mit der geringsten Versorgungsdichte. Auf dem Weg zum Schwangerschaftsabbruch stießen 4

von 5 Frauen und damit die Mehrheit auf mindestens eine Barriere, jede dritte Frau sogar auf drei und mehr Barrieren.

Wenn nach den Kriterien der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung für die Gynäkologie gerechnet wird – demnach müssen 95 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 40 Autominuten die nächste Einrichtung erreichen können – erfüllen laut ELSA-Studie 84 von 400 Landkreisen und kreisfreien Städten dieses Kriterium nicht. Davon liegen 43 in Bayern. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass in Bayern eine angemessene Versorgung von ungewollt Schwangeren nicht gegeben ist.

Dabei haben die Bundesländer nach § 13 Abs. 2 SchKG ein ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen. Aus Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Staatsregierung geht hervor, dass dies nicht überall in Bayern gewährleistet wird. In einigen Regionen müssen Frauen sehr lange Wege teilweise durch ganz Bayern in einen anderen Regierungsbezirk zurücklegen, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen wollen. Laut Angaben der Staatsregierung gibt es in fast allen Regierungsbezirken in mehr als der Hälfte der Landkreise bzw. kreisfreien Städte kein einziges Angebot an stationären oder ambulanten Einrichtungen zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs. In Schwaben und der Oberpfalz gibt es keine Krankenhäuser mit Bereitschaftsanzeige, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. In Niederbayern gibt es nur zwei Ärztinnen, die Abbrüche durchführen, eine davon macht das nur alle 14 Tage. Frauen in Bayern haben es nicht leicht, Abbrüche vornehmen zu lassen.

Beratungsstellen, Ärztinnen und Ärzte und Frauenorganisationen zugleich kritisieren die Situation im Freistaat und erwarten von der Staatsregierung das Ergreifen von Maßnahmen, die zu einer Verbesserung führen. Dabei gibt es neben den Vorgaben aus dem SchKG auch internationale Pflichten für eine Gleichstellung der Geschlechter und eine bessere medizinische Versorgung von Frauen. Im Rahmen der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen wird festgehalten, Geschlechtergleichstellung zu erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung zu befähigen. Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) verpflichtet Bayern und Deutschland zum Schutz der reproduktiven Rechte von Frauen. Weltweit, auch in Deutschland, werden rechtskonservative und nationalistische Bewegungen immer lauter. Sie greifen zunehmend die Rechte von Frauen an, dabei sind reproduktive Rechte oft Zielscheiben dieser Angriffe. Frauenrechte sind damit auch immer ein Gradmesser für unsere Demokratie. Die reproduktive Selbstbestimmung und Freiheit von Frauen ist eine Voraussetzung für die Geschlechtergerechtigkeit einer demokratischen Gesellschaft. Um die Situation von ungewollt Schwangeren in Bayern zu verbessern, kann nicht weiter tatenlos zugeschaut werden, sondern konkrete Maßnahmen müssen von der Staatsregierung ergriffen werden. Frauen dürfen in dieser schwierigen Situation nicht alleingelassen werden.

Als Maßnahme soll die Staatsregierung eine Regelung erlassen, womit die Umsetzung des Sicherstellungsauftrags zeitnah erfolgt sowie eine wohnortnahe Versorgung im Flächenland gewährleistet wird. An dieser Stelle hat Bremen schon vorgelegt und als erstes Bundesland ein Gesetz auf den Weg gebracht, um für ein besseres Angebot für Betroffene zu sorgen. In der Begründung des Gesetzes wird auf die Eigenverantwortung und damit Gestaltungsfreiheit der Länder zum Bestimmen der landespolitisch angemessenen Umsetzung des Sicherstellungsauftrags eingegangen. Dies wurde in zwei Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zu Anfragen nach der Verantwortung der Bundesländer für die Sicherstellung mit Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch mehrfach hervorgehoben: „Den Ländern obliegt in eigener Verantwortung, dem in § 13 Abs. 2 SchKG festgelegten Versorgungsauftrag nachzukommen“ und „den Ländern obliegt eine eigenverantwortliche Zuständigkeit, den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen. Jedes Land muss dies bezogen auf die jeweiligen Gegebenheiten entscheiden.“

Nicht zuletzt umfasst die Erfüllung des Sicherstellungsauftrags laut dem Deutschen Juristinnenbund (djb) eine verfassungsrechtliche Pflicht, weil dem Bundesverfassungsgericht nach dies zur bundesrechtlich begründeten Staatsaufgabe gehört: „Für ein ausreichendes Angebot an Abbrucheinrichtungen auch in der Fläche des Landes im Sinne

einer Auswahlmöglichkeit zwischen stationären und ambulanten Einrichtungen zu sorgen. Eine so verstandene Sicherstellung verlangt ein umfassendes Konzept jeweils für das ganze Land. Gefordert sein können flächenbezogene Erhebungen des voraussichtlichen Bedarfs und der bereits vorhandenen Einrichtungen sowie – ähnlich wie bei der Krankenhausplanung – eine landesweite infrastrukturelle Planung, in welche die Einrichtungen privater, frei gemeinnütziger, kommunaler oder staatlicher Träger aufzunehmen und aufeinander abzustimmen sind. Sollen Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch privaten oder kommunalen Krankenhasträgern zur Pflicht gemacht werden, so bedarf es hierzu gesetzlicher Regelungen, durch die in einer rechtsstaatlichen Anforderung genügenden Bestimmtheit Maßstäbe und Befugnisse für die erforderlichen behördlichen Anordnungen festgelegt werden.“ Wie dieser Versorgungsschlüssel konkret auszusehen hat und wo die neue Regelung untergebracht wird, wurde bewusst offengelassen. Eine Möglichkeit wäre, das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG) zu ergänzen. In der Entwicklung dieser Regelung sollen Ärztinnen und Ärzte, Beratungsstellen, Gesundheitsämter, Krankenkassen und Betroffene angehört werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/8179

**Mein Körper, meine Entscheidung: körperliche Selbstbestimmung für Frauen in
Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Laura Weber**
Mitberichterstatterin: **Carolina Trautner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 7. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Eva Lettenbauer, Kerstin Celina, Laura Weber, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Sanne Kurz, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8179, 19/8646

**Mein Körper, meine Entscheidung:
Körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Energie
Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum
11.07.2025 - 17.10.2025
Drs. 19/8410, 19/8810

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8810 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



ENTH

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt
Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft
01.08.2025 - 06.11.2025
Drs. 19/8424, 19/8813

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8813 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Klimaschutzpolitik auf Kosten der Baubranche?
Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO₂-Abgabe auf das bayerische Baugewerbe
Drs. 19/7208, 19/8642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wasserhaushalt schonen – Musterzisternensatzung für Kommunen
Drs. 19/7359, 19/8714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Trinkwasser für alle – Installation von barrierefreien Trinkwasserbrunnen und Refillstationen an allen staatlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr
Drs. 19/7360, 19/8715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU Anforderungen an die Messung ultrafeiner Partikel durch die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie
Drs. 19/7381, 19/8716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bäume statt Hitzeinseln: 100 000 grüne Klimaanlagen für Bayern
Drs. 19/7406, 19/8717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit jedem Schritt besser – die AGFK Bayern macht Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger
Drs. 19/7461, 19/8643 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I:
Strategie statt Stückwerk – BNE braucht einen konkreten Plan
Drs. 19/7468, 19/8633 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen II:
Mehr Zeit für Projekte einplanen und Finanzierung sichern
Drs. 19/7469, 19/8634 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen III:
Lehrkräfte stärken – Nachhaltigkeit beginnt mit guter Ausbildung
Drs. 19/7470, 19/8635 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen IV:
Global denken, lokal vernetzen – BNE braucht starke Strukturen
Drs. 19/7471, 19/8636 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen V:
Mitbestimmen. Mitwirken. Mitverändern. – Demokratie als Lernziel
der Zukunft fest verankern
Drs. 19/7472, 19/8637 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp,
Johannes Meier u.a. AfD
Reallabore für Bayern: Freiräume für wirtschaftliches Wachstum
und unternehmerische Innovation schaffen
Drs. 19/7521, 19/8648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp,
Johannes Meier AfD
Mittelstandsfreundliches Bayern:
KMU-Bürokratie-Checks für alle neuen und bestehenden Gesetze
Drs. 19/7522, 19/8649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart,
Johann Müller und Fraktion (AfD)
Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer bayerischen Abschiebeflotte
Drs. 19/7523, 19/8624 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Erhöhung der Strafrahmen bei Sexualdelikten
Drs. 19/7562, 19/8625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

18. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger,
Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Von Japan lernen und Verantwortung übernehmen:
Schüler an Schulreinigung, Essensausgabe sowie Schulorganisation
beteiligen und Kinderhausmeister einführen
Drs. 19/7582, 19/8638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fortschreibung des Bayerischen Aktionsplans Inklusion
Drs. 19/7614, 19/8622 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten,
Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten
Drs. 19/7616, 19/8645 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Aussitzen mehr: Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter konsequent und zügig umsetzen!
Drs. 19/7619, 19/8626 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Antrag zur Bekämpfung der steigenden Gewaltdelinquenz junger Tatverdächtiger in Bayern
Drs. 19/7626, 19/8731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!
Drs. 19/7627, 19/8627 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vernichtungssperre für Akten im Zusammenhang mit Cum-Cum-Transaktionen
Drs. 19/7647, 19/8658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Steueranreize für Cum-Cum-Geschäfte beseitigen
Drs. 19/7648, 19/8659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Bargeld schützen – Seriennummern-Tracking gesetzlich begrenzen
Drs. 19/7656, 19/8732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. und Fraktion (SPD) Beschleunigung der Investitionen für den Ganztagsausbau in der Grundschule
Drs. 19/7657, 19/8760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I: Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen
Drs. 19/7709, 19/8650 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen II:
Qualifikation zum Privaten Sachverständigen
der Wasserwirtschaft vereinfachen
Drs. 19/7710, 19/8651 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen III:
Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter
Drs. 19/7711, 19/8652 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Blockade bei Stromspeicherausbau beenden –
netzdienliche Stromspeicher zulassen
Drs. 19/7716, 19/8653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer u.a. SPD Städte und Gemeinden als Keimzelle der Demokratie:
zurück zur vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Freistaat und Kommunen
Drs. 19/7748, 19/8733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Rolle rückwärts bei Klima- und Energiepolitik:
Tempo machen bei Erneuerbaren, Wärmewende und Infrastruktur
statt Gaskraftwerks-Lobbyismus!
Drs. 19/7755, 19/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer,
Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle I –
Ausbau der kindlichen Sprachförderung
Drs. 19/7770, 19/8639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer,
Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle II –
Qualitätskriterien für guten Ganztag festlegen
Drs. 19/7771, 19/8640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle III – Konzept für Unterstützungskräfte an Grund- und Mittelschulen
Drs. 19/7772, 19/8641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Evaluierung des praktischen Nutzens des Saatkrähen-Managements des Landesamtes für Umwelt (LfU) in Bayern
Drs. 19/7799, 19/8718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität gegen Tiere und Beschleunigung von Verfahren bei Verstößen gegen das Tierschutzrecht
Drs. 19/7805, 19/8628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erhöhung des Strafmaßes für Tierquälerei und konsequente Tierhaltungs- und Betreuungsverbote für Täterinnen und Täter
Drs. 19/7806, 19/8629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

40. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Situation der Schulbegleitung an Bayerns Schulen
Drs. 19/7815, 19/8623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

41. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Andreas Jurca u.a. und Fraktion (AfD)
Steuerbürokratie abbauen, Unternehmen sowie Finanzverwaltung entlasten – Grenzbetrag zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung anheben
Drs. 19/7836, 19/8660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

42. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltdiktate nach Vorbild der USA beenden:
Autoland statt Klimaphantasien!
Drs. 19/7904, 19/8655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

43. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Pflegeverträge für ausgemusterte Pferde der polizeilichen Pferdestaffeln
Drs. 19/8081, 19/8734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Futter- und Pflegegeld bei den Hundestaffeln
der Bayerischen Polizei erhöhen
Drs. 19/8083, 19/8735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

45. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn u.a. und Fraktion (AfD)
Zunahme von Vandalismus gegenüber den beiden
christlichen Kirchen in Bayern seit 2015
Drs. 19/8129, 19/8736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Vergrämungsmethoden bei Krähen zur Schadensminderung in der Landwirtschaft
Drs. 19/8151, 19/8719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

47. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik
Drs. 19/8169, 19/8630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mein Körper, meine Entscheidung:
körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern
Drs. 19/8179, 19/8646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

49. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback,
Norbert Dünkel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über eine mögliche Anpassung der Höhe des Futter-
und Pflegegeldes für aktive und passive Diensthunde
Drs. 19/8431, 19/8737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------